Belarus als neuer Standort für Atomwaffen: Auswirkungen auf Europa und die Welt

Von Nadja Schmidt

Am 25. März 2023 verkündete Präsident Putin, russische Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Dies beruhe auf einer Vereinbarung, die er mit dem belarussischen Präsidenten Lukaschenko getroffen habe. Bis Juli sei geplant, den dafür erforderlichen Bau eines Lagers für Atomwaffen abzuschließen. Obwohl sich derzeit keine atomaren Sprengköpfe in Belarus befinden sollen, besteht die Sorge, dass bereits nuklearwaffenfähige Raketen zur Verfügung gestellt worden sind und mit der Schulung belarussischen Personals begonnen werden kann. Russland soll Belarus zuletzt schon beim Umbau von Flugzeugen geholfen haben, wovon bereits 10 bereit seien, taktische Nuklearwaffen zu transportieren und abzuwerfen.

Bereits zu Zeiten der Sowjetunion waren Atomwaffen auf dem Gebiet der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik stationiert. Belarus hatte nach 1990 jedoch nie die alleinige Verfügungsgewalt oder die technischen Möglichkeiten und Voraussetzungen, diese auch nach 1990 weiterhin zu stationieren. In der neuen Verfassung von 1994 bekräftigte Belarus seine Neutralität und erklärte sich als Atomwaffenfreie Zone. Im selben Jahr erfolgte auch der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag.

Die Kehrtwende in der belarussischen Position hinsichtlich Atomwaffen zeichnete sich für Beobachter:innen spätestens im Februar 2022 ab, als ein Verfassungsreferendum zur Frage der Stationierung von taktischen Atomwaffen in Belarus durchgeführt wurde.

Laut offiziellen Angaben nahmen damals 79,4% der Wahlberechtigten am Referendum teil und stimmten mit rund 65% für die Änderungen. Mit diesem Ergebnis wurde das Ende der atomwaffenfreien Zone in Belarus besiegelt, sowie der Weg für eine mögliche Stationierung insbesondere russischer Atomwaffen im Land geebnet.

Es ist jedoch stark in Zweifel zu ziehen, ob dies auch den tatsächlichen Willen der belarussischen Bevölkerung widerspiegelt. Ein weiterer Bestandteil des Referendums baute nämlich die Macht von Langzeitpräsident Alexander Lukaschenko weiter aus. Auch die Opposition rund um die Bürgerrechtlerin Swetlana Tichanowskaja weist immer wieder auf unfreie und unfaire Wahlen in Belarus hin. Die Stationierung von Atomwaffen in Belarus ist also nicht nur international, sondern auch national umstritten.

Sogenannte taktische Atomwaffen werden manchmal als „kleine Atomwaffen“ verharmlost. Die Sprengkraft einer taktischen Atomwaffe kann dennoch das Vielfache der Bomben, die auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, annehmen. Die Reichweite taktischer Atomwaffen beträgt mehrere hundert Kilometer.

Die Stationierung von Atomwaffen in weiteren Ländern, die manchmal als „nukleare Teilhabe“ bezeichnet wird, erschwert die Entscheidungsfindung und erhöht das Risiko von Fehlinterpretationen, Kommunikationsproblemen und potenziell katastrophalen Unfällen.

Derzeit stationieren nur die Vereinigten Staaten Atomwaffen in Ländern außerhalb ihres Territoriums - in Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Italien und der Türkei. Putin verwies in seiner Ankündigung auf dieses Beispiel und sagte: „Die Vereinigten Staaten tun dies seit Jahrzehnten. Sie haben ihre taktischen Atomwaffen schon vor langer Zeit auf dem Territorium ihrer Bündnispartner, den NATO-Ländern in Europa, stationiert.“

Im Kontext des Krieges in der Ukraine ist die Wahrscheinlichkeit von Fehlkalkulationen oder Fehlinterpretationen äußerst hoch. Die Stationierung von Atomwaffen in weiteren Ländern verschlimmert die Situation erheblich und birgt katastrophale humanitäre Folgen.

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) verurteilt diese unverantwortliche und gefährliche Eskalation. Dadurch droht Russland mit dem Einsatz von Atomwaffen und ein Einsatz dieser Waffen wird wahrscheinlicher. Kein Land der Welt hätte auch nur ansatzweise die Kapazitäten, medizinisch darauf zu reagieren, falls auch nur eine einzige Atomwaffe eingesetzt wird.

Der Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) verbietet ausdrücklich die Stationierung von Atomwaffen eines anderen Landes auf dem eigenen Territorium, und der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT) verbietet die Weitergabe von Atomwaffen an ein nicht-nuklear bewaffnetes Land.

Friedensglocke von Nagasaki in Heiden (Schweiz)

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ist nach wie vor das einzige multilaterale Rechtsinstrument, das alle Aktivitäten im Zusammenhang mit Kernwaffen umfassend verbietet. Länder, die es mit der Eindämmung der Bedrohung durch Atomwaffen ernst meinen, müssen diesen Vertrag unterzeichnen, um diese Waffen umfassend zu verbieten und vor allem ihren Einsatz künftig auszuschließen.

Die Tatsache, dass die USA auch in Europa im Rahmen der nuklearen Teilhabe Atomwaffen stationieren, rechtfertigt dieses Vorgehen Russlands nicht. Die nukleare Teilhabe sollte im Interesse der Deeskalation in ganz Europa beendet werden.

„Solange Putin über Nuklearwaffen verfügt, kann Europa nicht sicher sein. Er hat diesen gefährlich eskalierenden Vorschlag gerechtfertigt, Nuklearwaffen nach Belarus zu verlegen, indem er sich auf Jahrzehnte des NATO-Nuklearsharings beruft. Solange Länder ihre Komplizenschaft fortsetzen, indem sie Nuklearwaffen als alles andere als ein globales Problem betrachten, hilft dies Putin, sich mit dieser Art von Verhalten davonzustehlen,“ sagte Daniel Högsta, der Geschäftsführer von ICAN.

Die belarussische Menschenrechtsaktivistin und Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya sagte dazu: "Die Stationierung taktischer Atomwaffen Russlands in Belarus verletzt direkt die Verfassung von Belarus und widerspricht grob dem Willen des belarussischen Volkes, den Nicht-Nuklearstatus anzunehmen, der in der Erklärung der Staatssouveränität von Belarus von 1990 zum Ausdruck kommt." Sie forderte „die internationale Gemeinschaft auf, von Russland zu verlangen, diese bedrohliche Stationierung zu stoppen".

Nadja Schmidt ist Geschäftsführerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen in Österreich